

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

01|2021



WEGE AUS DER KRISE

Sachsen-Anhalt zwischen Testen und Impfen

LANDESKUNDE: Unterwegs ins Blankenburg
WAHLEN: Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl
MEDIEN: Das Land und der öffentlich-rechtliche Rundfunk



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

SACHSEN-ANHALT WÄHLT 2021

WAHLAUFRUF

Liebe Leserinnen und Leser,

auch Sie haben es bereits den Nachrichten, der Zeitung oder dem Radio entnommen: „**2021 ist ein Superwahljahr**“. Die politischen Entscheidungen, welche uns in 2021 erwarten, soll jede*r Einzelne für sich selbst bewerten und mitgestalten. Für uns steht eines fest: Richtungsweisende Entscheidungen stehen vor unseren parlamentarischen Türen. Es wird nicht nur in sechs Bundesländern gewählt, sondern auch der Bundestag wird sich in diesem Jahr neu zusammensetzen. Bei uns in Sachsen-Anhalt werden die Bürgerinnen und Bürger ab dem 18. Lebensjahr wieder zur Wahlurne gerufen. Am 6. Juni sind Sie angehalten, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und sich somit aktiv in unsere Demokratie einzubringen.

Unsere Demokratie und unsere Gesellschaft leben von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, welche mit ihren Stimmen den großen Raum der Willens- und Meinungsbildung füllen. Verleihen Sie Ihrer Gemeinde oder der Stadt, in der Sie wohnen, Ihre Stimme im Landesparlament von Sachsen-Anhalt.

Sie entscheiden, was Ihnen wichtig ist, welche Themen Ihnen am Herzen liegen und wie die Zukunft in unserem Bundesland aussehen soll. Das Wahlrecht ist ein hohes Gut. Seien Sie sich dieses Rechts und Ihrer Verantwortung in diesem Zusammenhang bewusst. In Zeiten von besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen sollte es uns allen ein besonderes Anliegen sein, die Demokratie zu leben und unsere freiheitliche Grundordnung zu schützen. Dies kann ein jeder von uns tun.

WAS GENAU ALSO MACHT DIESES JAHR 2021 ZUM „SUPERWAHLJAHR?“

Es sind unseres Erachtens nicht nur die Wahlen, die uns in diesem Jahr begegnen. Es ist auch eine Gradmessung für unsere Demokratie und unsere Gesellschaft. Wo steht unsere Gesellschaft im Jahr 2021?

Wir sind stolz auf viele engagierte Menschen in unserem Bundesland. Viele Frauen, Männer und auch Kinder und Jugendliche setzen sich täglich für Demokratie, Toleranz und Offenheit ein. Sie beteiligen sich an sozialen Projekten überall in unserem Bundesland.

Demokratie ist keine Last, wie es einige Menschen auf der Welt leider propagieren. Demokratie ist eine Verantwortung, die es wahrzunehmen und zu erhalten lohnt. Die Demokratie schützt unsere Grund- und Menschenrechte. Nur wir gemeinsam können dafür sorgen, dass es auch weiterhin so bleibt. Diese Botschaft steckt für uns ganz wesentlich in der Bedeutung des „Superwahljahres 2021“.

Unsere herzliche Bitte an Sie: Machen Sie Gebrauch von Ihrem Recht auf Mitbestimmung, auf Partizipation und auf freie Meinungsäußerung. Informieren Sie sich auf den vielen Wegen, die schon jetzt Informationen über die Wahlen bereithalten.

Nutzen Sie Ihre Chance und verleihen Sie sich selbst eine Stimme. **Wählen Sie am 6. Juni dieses Jahres den Landtag von Sachsen-Anhalt. Am 26. September zählt Ihre Stimme genauso bei der Bundestagswahl.**

GEHEN SIE WÄHLEN ODER NUTZEN SIE DAS ANGEBOT ZUR BRIEFWAHL.

2021 ist unser persönliches „Superwahljahr“ und wir werden von unserem Wahlrecht am **6. Juni für die Landtagswahl** und am **26. September für die Bundestagswahl** Gebrauch machen.

MACHEN AUCH SIE 2021 ZU IHREM PERSÖNLICHEN „SUPERWAHLJAHR“.



Gabriele Brakebusch
Präsidentin des Landtags
von Sachsen-Anhalt



Dr. Reiner Haseloff
Ministerpräsident des
Landes Sachsen-Anhalt



06

IMPFFEN UND TESTEN

Die Impf- und Teststrategien hätten in weiten Teilen versagt. Dies gehe mit einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung einher, meint die Opposition und beantragte deshalb eine Aktuelle Debatte zum Thema.

KINDERARMUT EFFEKTIV BEKÄMPFEN

Die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage zum Thema „Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt“ war Grundlage einer Debatte im Landtag.

09



14

BLANKENBURG – DIE BLÜTENSTADT AM HARZ

Was verbindet Blankenburg (Harz) mit Metropolen wie Wien, Sankt Petersburg, Athen und Madrid? Blaues Blut. Familiäre Verbindungen gibt es zu früheren Königs-, Kaiser- und Zarenhöfen.

AUS DEM PLENUM

8 | Bildungslücken wieder schließen

Aufgrund der Corona-Pandemie ist an Sachsen-Anhalts Schulen monatelang der Präsenzunterricht ausgefallen. Wie Bildungsdefizite aufgeholt werden können, diskutierten die Abgeordneten im März-Plenum anhand unterschiedlicher Anträge.

10 | Wohin mit dem radioaktiven Müll?

Deutschland sucht nach Lagerstätten für seinen Atom-müll – und das nicht für kurzfristig, sondern perspektivisch für eine Million Jahre. Die Opposition lehnt ein weiteres Lager in Sachsen-Anhalt ab, die Koalition will vorhandene Belastungen berücksichtig wissen.

11 | Letztes ÖRR-Kapitel noch offen

Die Fraktion DIE LINKE forderte im Dezember 2020 ein deutliches Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die AfD-Fraktion wollte die Beitragserhöhung verhindern. Beide Anträge wurden im Ausschuss beraten und nun für erledigt erklärt.

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

12 | Anhörung zum Staatsvertrag

Der Gesetzentwurf zum MDR-Staatsvertrag wurde erstmals im Februar-Plenum im Landtag von Sachsen-Anhalt beraten und dann zur weiteren Beratung in den Medien-Ausschuss überwiesen. Dort fand am 5. März 2021 eine öffentliche Anhörung zum Thema statt.

RÜCKBLICK

18 | Blankenburgs Teilungsdokumente werden in London verwahrt

Vor über 75 Jahren führte der größte Gebietstausch im besetzten Deutschland zu einschneidenden territorialen Veränderungen im Harz.

AUS DEM ARCHIV

22 | Eine Krawatte im Archiv

Warum sind im Archiv des Landtags von Sachsen-Anhalt Seidenkrawatten, Gemälde, Wandteller, Medaillen, Puzzles, Plüschentente und eine Glocke, die der erste Landtagspräsident benutzte, zu entdecken?

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Präsidentin des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

10 000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 560-0
Fax: 0391 560-1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Ursula Lüdkeimer (Ltg.), Stefanie Böhme, Peter Fauck, Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan Müller, Uwe Oberdiek, Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld, Dr. Jana Tempelhoff

Fotos & Grafiken

Titelseite: Digitalpress/stock.adobe.com
Seite 2: Landtag/Viktoria Kühne, Staatskanzlei
Seite 3: Digitalpress/stock.adobe.com, Gudrun Oelze
Seite 4: Landtag von Sachsen-Anhalt, Stefanie Böhme
Seite 6–7: Digitalpress/stock.adobe.com
Seite 8: st-fotograf/fotolia.com
Seite 10: Fotomek/stock.adobe.com
Seite 11: ARD
Seite 12: MDR/Andreas Lander
Seite 14–17: Gudrun Oelze
Seite 18–19: wikipedia.de/Nick Cooper (Gebäude), National Archive London (Memorandum und Karte)
Seite 20–21: Haus der Wannseekonferenz, Verlage mdv, Duden, Ergon
Seite 22: Dr. Jana Tempelhoff (oben), Stefanie Gläser (unten)
Seite 23: Jan/stock.adobe.com
Seite 24: wikipedia.de/Penfolg (Fg Off, Royal Air Force)

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

16. März 2021. Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Es darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Landtag von Sachsen-Anhalt mit neuem Corporate Design



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT



Das neue Landtagslogo zeigt das Landeswappen, das alte orientierte sich an der Vorderansicht des Landtagsgebäudes.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat ein neues Logo und damit verbunden ein neues Corporate Design. Seit dem 1. März 2021 wird auf allen Parlamentspapieren und digitalen Medien der Schriftzug „**LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT**“ verwendet, ergänzt durch eine Abbildung des Landeswappens. Der Entwurf dafür stammt von der Werbeagentur Genese aus Magdeburg. Die alte Wort-Bild-

Marke gab dem Landtag nach der Wiedegründung der Länder im Jahr 1990 und nach der ersten Parlamentswahl drei Jahrzehnte lang ein Gesicht, war beispielsweise auf allen Beschlüssen des Landtags und stenografischen Berichten zu finden. Das alte Logo wurde seinerzeit von Joachim Dimanski aus Halle (Saale) entworfen und griff die Struktur der Fassade des Landtagsgebäudes auf. Im Verlauf der Jahre äußerten jedoch viele Abgeordnete den Wunsch nach einer neuen Wort-Bild-Marke, die das Wappen des Landes als überregional anerkannte „Marke“ aufnimmt.

Stefanie Böhme/Ulrich Grimm

Parlamentsarbeit während der Pandemie-Zeit

Der Ältestenrat hat sich nach der Abstimmung der Länderchefs mit der Bundeskanzlerin im März 2021 erneut mit den Auswirkungen der Pandemie auf den Parlamentsbetrieb befasst. Nach wie vor steht der Schutz vor einer Infektion im Vordergrund. Obwohl



Im Dezember 2020 wurden die Plätze im Plenarsaal mit Plexiglasabtrennungen ausgestattet.

die Plenarsitzungen weiterhin in Präsenz stattfinden werden, sind die Ausschüsse gebeten, bei ihren Zusammenkünften auf Video- oder Telefonkonferenzen auszuweichen. Die Öffentlichkeit der Ausschussberatungen wird durch eine Übertragung in einen Besucherraum im Landtagsgebäude sichergestellt. Unter Beachtung der Abstandsregeln stehen auf der Besuchertribüne im Plenarsaal zwölf Plätze zur Verfügung. Der Besuch von Gästegruppen ist leider nach wie vor nicht möglich.

Ulrich Grimm

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

am Anfang einer fünfjährigen Legislaturperiode hat man das Gefühl, vor einem unüberwindbaren Berg politischer Arbeit zu stehen. Doch kaum sind die ersten hundert Tage vom neuen Landtag und der neuen Landesregierung absolviert, eilt man gefühlt in Sauseschritten auf die Halbzeit der Wahlperiode zu, und im Handumdrehen werden die letzten Wochen ebendieser eingeläutet – und genau an diesem Zeitpunkt sind wir in Sachsen-Anhalt angelangt. Der 13. März 2016, der Wahltag zur 7. Legislaturperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt neuerer Zeit, war kaum überstanden, und schon steht am 6. Juni 2021 der nächste ins Haus beziehungsweise ins Wahllokal. Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff rufen gemeinsam zur Teilnahme an der Wahl auf. Die Website www.sachsen-anhalt-wahl-2021.de bündelt alles Wissenswerte rund um die Vorbereitung der Wahl, den Wahltag selbst und die danach folgenden Wochen.

Wieder sind alle wahlberechtigten Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter aufgerufen, ihre beiden Stimmen für die Besetzung des Parlaments abzugeben, das seit mittlerweile 30 Jahren in Magdeburg tagt. Am 17. Januar 1991 war es aus der Dessauer Johann-Philipp-Becker-Kaserne in die Landeshauptstadt Magdeburg umgezogen. Dafür war seinerzeit ein schrittweiser Umbau erforderlich: Alte Unterrichtsräume der Ingenieursschule für Wasserwirtschaft wurden zu Ausschussberatungsräumen und in der ehemaligen Aula im Ostflügel des Gebäudekomplexes entstand der heutige Plenarsaal. Auf der Website des Landtags finden Sie übrigens viele weitere Informationen rund um das Parlamentsgebäude in Magdeburg, darunter einen virtuellen Rundgang!

Sie ahnen es vielleicht schon: Dies ist die letzte Ausgabe des Zwischenrufs vor dem Wechsel der Legislaturperiode. Wenn wir uns wieder – via Wort auf Papier – bei Ihnen melden, werden neue (und alte) Abgeordnete die politischen Geschehnisse des Landes in die Hand genommen haben. Diese werden wir Ihnen dann selbstverständlich vorstellen und deren Arbeit wie gewohnt mitverfolgen.

Neben Berichten aus dem März-Plenum – das Thema Impfen gegen das Corona-Virus wird uns ja noch einige Zeit begleiten – arbeiten wir eine Anhörung zum MDR-Staatsvertrag im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien auf und liefern Literaturtipps aus der Landtagsbibliothek. Für das Regionalfenster war unsere Landesreisende Gudrun Oelze diesmal in Blankenburg unterwegs. Das Landtagsarchiv bietet zudem mal wieder einen Einblick in seine gesicherten Materialien und Schätze. Am 8. Mai 2021 wird der Landtag auf seiner Website einen Film zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs ausstrahlen. Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch sowie Zeitzeugen kommen zu Wort, ergänzt werden deren Berichte durch Originalfilmaufnahmen.

Wir wünschen Ihnen nun einen guten Start in den Frühling, genießen Sie die Sonne, genießen Sie das Leben – sicher und zuversichtlich!

Ihre
Zwischenruf-Redaktion



Impfen und Testen

Die Impf- und Teststrategien hätten in weiten Teilen versagt. Dies gehe mit einem erheblichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung einher, meint die Fraktion DIE LINKE und beantragte deshalb eine Aktuelle Debatte zu dem Thema.

Die Corona-Pandemie dauere nun ein Jahr, das Land hänge sich von Maßnahme zu Maßnahme – „auf, zu, auf, zu – das geht zu Lasten der Menschen“, erklärte Eva von Angern (DIE LINKE). „Es gibt mehrere Impfstoffe und Testmöglichkeiten, aber es passiert gefühlt nichts. Man wird erschlagen von Bürokratie und Bequemlichkeit.“ Bundesgesundheitsminister Jens Spahn „macht einen unfassbar schlechten Job“. Dass es in Deutschland nicht noch viele Tote mehr gebe, sei allem voran der Disziplin der Menschen zu verdanken. Die Priorisierung des Impfens müsse überarbeitet werden: Alle Beschäftigten in den Schulen und in der Jugendhilfe, von Frauen- und Männerberatungsstellen müssten in die Prioritätsgruppe II aufrücken. Die Landesregierung müsse zudem alternative Öffnungsstrategien erarbeiten, die sich nicht allein an Inzidenzen orientierten, sondern auch am Impfstatus jedes Einzelnen, so von Angern.

Die Inzidenzzahl im Land sei steigend (Stand: 12. März 2021), konstatierte Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD). „Ja, Impfen und Testen sind Wege aus der Krise“, trotz aller Unzulänglichkeiten habe man wichtige Wegmarken erreicht. Man habe nun den Rahmen für die flächendeckende Impfung geschaffen, indem neben den Impfzentren auch niedergelassene Ärzte (ab Mitte April) impfen dürfen. Der fehlende Impfstoff sei von Beginn an die empfindliche Achillesferse des Impfplans gewesen. Für die sogenannten Bürgertests seien der Apothekerverband, die Hausärzte und die Testzentren der kassenärztlichen Vereinigung eingebunden worden.

Auch die Testung von Kita-Kindern und Schüler*innen und in medizinischen Einrichtungen werde ausgeweitet und verstetigt.

Corona-Tests und Impfungen seien der Schlüssel, um die Pandemie zu bekämpfen, sagte Tobias Krull (CDU). Anders als in den Medien angekündigt, gebe es leider noch keine Möglichkeit zu massenhaften Schnell- und Selbsttests. Das liege vor allem an fehlendem Personal und Material. Krull räumte ein, dass es besser gewesen wäre, die Einführung der Corona-Schnelltests im Vorfeld besser abzusprechen. Manchmal habe er den Eindruck, dass die Verantwortlichkeiten nur hin- und hergeschoben würden. Die Eindämmung der Pandemie sei nur möglich, wenn die Gesellschaft wisse, wer infiziert ist und wer nicht. Eine Impfpflicht lehnt seine Fraktion ab; solange es nicht genügend Impfstoff gebe, sollte die Priorisierungsliste eingehalten werden.

Robert Farle (AfD) erklärte, das Krisenmanagement der Bundesregierung bestehe vor allem aus Panikmache, nichtssagenden Inzidenzzahlen, falsch eingesetzten Tests, Untätigkeit in Alten- und Pflegeheimen sowie unbegründeten Einschränkungen der Grundrechte. Bundeskanzlerin Merkel mache es offenbar Freude, den Menschen alles Mögliche zu verbieten. Willkür sei zum Grundprinzip der Regierung geworden, so der AfD-Abgeordnete. Die Fraktion DIE LINKE übe nur eine Pseudokritik, wenn sie moniere, dass die Bundesregierung bei der Beschaffung des Impfstoffs versagt habe. In Deutschland würden die Sterbezahlen schon seit Wochen

sinken, dies habe jedoch nichts mit dem Lockdown oder den Impfungen zu tun, so Farle. DIE LINKE wolle lediglich die falsche Politik der Regierung verbessern. Sie wolle dafür sorgen, dass unbegrenzt geimpft und getestet werde. Profitieren würde davon allerdings nur die Pharmaindustrie. Sein Fazit: „DIE LINKE braucht man genauso wenig wie die SPD.“

„Gerade in Sachen Impfungen lief es schlecht an“, sagte Cornelia Lüdemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Sie begrüßte, dass ab April Hausärzte bei den Impfungen eingebunden werden sollen, wunderte sich allerdings, dass es nicht früher geht. Viele Hausarztpraxen seien bereits vorbereitet. „Wir müssen hier besser und schneller werden, denn natürlich ist Impfen der Königsweg aus der Pandemie“, forderte Lüdemann. Es gebe erste positive Effekte durch das Impfen, die Todeszahlen würden nicht mehr steigen, trotz steigender Inzidenzzahlen. Neben den Impfungen müsse das Land auch bei den Schnelltests mehr Tempo machen. Nur dann könnten die Einschränkungen nach und nach zurückgenommen werden.

Man wisse, dass man sich momentan in einer Knappheitsphase der Impfstoffvergabe befinde, dass aber Nachlieferungen bald ins Haus stünden, erklärte Dr. Katja Pähle (SPD). Die Impfreihefolge sei vom Bund festgelegt und könne nicht vom Land eigenmächtig verändert werden. Die nun angebotenen Selbsttests seien als Werkzeug für eigenverantwortliches Handeln für die Bürger*innen im privaten Bereich zu verstehen. Sie bahnten jedoch nicht den Weg zu größeren Kul-



Ein kleiner Piks mit gesunderhaltender Wirkung: die Impfung gegen das Corona-Virus.

turveranstaltungen oder Einkaufserlebnissen. Die Inzidenzen und Mutationen müssten weiter im Blick bleiben. Der AfD bescheinigte Pähle aufgrund deren Aussagen und Anträgen eine „allgemeine Wissenschaftsfeindlichkeit, um das Lügenmärchen der Corona-Diktatur weiterzuspinnen“. „Jeder Mensch, den Sie vom Impfen abbringen, ist ein potenzieller Beatmungspatient mit Langzeitfolgen – und das ist politisch motivierte Körperverletzung“, kritisierte die SPD-Abgeordnete in Richtung AfD.

Nach dem Ende der von den Linken initiierten aktuellen Debatte, wurde ein weiteres aufgerufen, diesmal von der AfD-Fraktion unter dem Titel „Sicher-

heit, Überwachung und Zuteilungen von Impfungen in Sachsen-Anhalt“. Neben der grundsätzlichen Frage der Impfstoff-Verträglichkeit für Risikogruppen sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion über die Qualität und Zuteilung der jeweiligen Impfstoffe entbrannt, meinte die AfD-Fraktion. Die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die Gesundheitsministerin verzichteten jedoch wegen der Themendopplung auf ihr Rederecht.

Robert Farle (AfD) erklärte, selbst nach WHO-Angaben würden 99,7 Prozent der Menschen eine Covid-19-Infektion überleben. Die meisten Corona-Toten in Sachsen-Anhalt seien über 70 oder 80

Jahre alt gewesen – „Was nützt dann eine Impfung?“, fragte Farle. Er kritisierte, die bisher zugelassenen Impfstoffe könnten weder die Infektion mit dem Virus noch die Weitergabe des Virus verhindern. Die Impfung mache nur für Risikogruppen einen Sinn. André Poggenburg (fraktionslos) begrüßte derweil, dass es keinen Impfwang geben soll, denkt jedoch, dass es einen „indirekten Impfwang“ gebe. Er selbst sei kein Impfgegner, aber die Menschen hätten Angst und es fehle an Vertrauen in die Obrigkeit.

Beschlüsse zur Sache wurden jeweils am Ende der beiden aktuellen Debatten nicht gefasst.

Stefanie Böhme/Dr. Stefan Müller

Bildungslücken wieder schließen

Aufgrund der Corona-Pandemie ist an Sachsen-Anhalts Schulen monatelang der Präsenzunterricht ausgefallen. Wie Bildungsdefizite aufgeholt werden können, diskutierten die Abgeordneten im März-Plenum anhand unterschiedlicher Anträge.

Verantwortlich für die Misere an den Schulen sei nicht das Corona-Virus, sondern das, was die Politiker aus der Situation gemacht hätten, erklärte Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD). Er forderte eine sofortige Rückkehr zum Normalbetrieb, weil Distanzunterricht nicht funktioniert. Wie die Bildungsdefizite aufgeholt werden könnten, habe die AfD in ihrem Antrag als Plan skizziert: Unter anderem solle man Kernfächer in der Grundschule stärker gewichten und regelmäßig Samstagsunterricht anbieten, um Lernrückstände nachzuholen. Ebenfalls denkbar wäre die finanzielle Bezuschussung von privatem Nachhilfeunterricht, so Tillschneider.

Thomas Lippmann (DIE LINKE) betonte, der Lernerfolg im Home-Schooling sei wegen der unterschiedlichen Bedingungen (Technik, Unterstützung) auch sehr unterschiedlich. Aus Sicht der Schüler*innen sei es daher nicht akzeptabel, dass sich die Impfung des Lehrpersonals noch bis zum Sommer hinziehen könnte. Es müsse sichergestellt werden, dass sich auch bei normaler Klassenstärke keine neuen Infektionen ausbreiten können. Lippmann und der Antrag der Linken kritisierten zudem, dass an Prüfungen festgehalten werde, obwohl es keine faire Grundlage für die Wissensvermittlung gegeben habe. „Bulimielernen und Testeritis sind wirklich das Letzte, was wir jetzt brauchen können.“

Bildungsminister Marco Tullner (CDU) erklärte, seine Vorredner hätten beide „Zerrbilder der Realität“ geliefert, die nicht dem Alltag in der Schule entsprächen. Aber immerhin seien sich



Die Landtagsabgeordneten diskutierten, wie durch Home-Schooling entstandene Bildungsdefizite der Schüler*innen wieder aufgeholt werden können.

alle einig, dass der Präsenzunterricht wichtig ist. Bereits jetzt seien Schulen angehalten, zusätzliche Lernangebote anzubieten. Zudem würden die Lehrkräfte ihre Lehrpläne anpassen. Auch von einer Reduktion auf die Kernfächer werde Gebrauch gemacht. Samstagsunterricht halte er in der jetzigen Situation nicht für passend.

Distanzlernen habe die Unterschiede bei den Lernchancen eindeutig erhöht, beklagte Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD). Daher müsste jetzt herausgefunden werden, welche konkreten Lernrückstände es gebe, um dann individuelle Lösungen zu finden. Beispielsweise könnten in den Pfingst- und Sommerferien Lehramtsstudent*innen gezielt beim Lernen unterstützen.

Wolfgang Aldag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte: „Chancen- und Bildungsgerechtigkeit müssen jetzt mehr denn je gewährleistet werden.“ Kein Kind dür-

fe in der Pandemie abgehängt werden. Die Grünen plädierten insbesondere für regelmäßige Antigen-Schnelltests an Schulen. Warum dies in Sachsen-Anhalt nicht geschehe, sei ihm schleierhaft.

Im Alternativantrag der Koalition würden einige Gedanken des AfD-Antrags und des Antrags der Fraktion DIE LINKE aufgegriffen, erklärte Carsten Borchert (CDU). Er sprach sich für eine schnelle Impfung der Lehrer*innen aus. Außerdem erklärte er, „Noten sind wichtig, aber nicht alles“. Darum schlage der Alternativantrag vor: „Lehrkräfte müssen die Möglichkeit bekommen, bei Bedarf statt Klassenarbeiten alternative Bewertungsmöglichkeiten einzusetzen.“

Am Ende der Debatte wurde der Alternativantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Der Antrag der AfD-Fraktion und der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurden abgelehnt. Stefanie Böhme

Kinderarmut effektiv bekämpfen

Die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage zum Thema „Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt“ war Grundlage einer Debatte im Landtag. Parallel dazu wurde die Beschlussempfehlung zu einem Antrag der Fraktion DIE LINKE behandelt.

Wer einmal arm wurde, bleibt zunehmend länger arm als in der Vergangenheit“, so titelte die Zeitschrift „Der Spiegel“ und beziehe sich auf den frisch veröffentlichten Datenreport 2021, erklärte Eva von Angern (DIE LINKE). Insbesondere Kinder und Alleinerziehende seien von Armut betroffen. In Sachsen-Anhalt liege die Quote derzeit bei 27 Prozent der Kinder unter 18 Jahren. Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Kinderarmut sei, dass in Deutschland endlich eine Kindergrundsicherung eingeführt werde, forderte die Linken-Abgeordnete. Außerdem brauche es einen kostenfreien Zugang zur Kita-Bildung und natürlich ein kostenloses Mittagessen.

Die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration, Petra Grimm-Benne (SPD), sagte, dass auf Bundesebene intensiv über die einheitliche Kindergrundsicherung diskutiert werde. Sie unterstütze diese Bestrebungen ausdrücklich, so die Ministerin. Sie verwies auf Maßnahmen, die während der Corona-Pandemie schon ergriffen wurden, um Familien und Kinder zu unterstützen und das Familienbudget zu entlasten. Dazu zählten beispielsweise die zeitweilige Mehrwertsteuersenkung, verbesserte Regelungen beim Kurzarbeitergeld, vereinfachter Zugang zu SGB-II-Leistungen sowie ein zweimaliger Kinderbonus.

Ziel aller Maßnahmen müsste es ein: „Unseren Kindern ein Aufwachsen unter guten Bedingungen zu ermöglichen“, ergänzte Tobias Krull (CDU). Er unterstrich die große Bedeutung einer guten Wirtschaftspolitik, wenn man Kinderarbeit wirkungsvoll bekämpfen wolle. Die Große Anfrage belege, dass es innerhalb des Landes starke regionale Unterschiede bei der Kinderarmut gebe. So lägen die beiden Städte Halle und Magdeburg über dem Landesdurchschnitt, der Harz dagegen sogar unter dem Bundesdurchschnitt.

Unterstützungsgelder würden oftmals nicht ausreichen, monierte Jan Wenzel Schmidt (AfD) und nannte als Beispiele die Pauschalen zur Teilhabe oder die einmalige Unterstützung zur Einschulung eines Kindes in Höhe von 150 Euro. Außerdem werde aus der Großen Anfrage deutlich, dass nur ein kleiner Teil der finanziellen Hilfen von den Berechtigten abgerufen werde. Wenn die Landesregierung wirklich helfen wolle, sollte sie aktiv auf die Betroffenen zugehen, so Schmidt.

In Sachsen-Anhalt gebe es deutlich mehr junge Menschen im SGB-II-Bezug (17,5 Prozent) als in anderen ostdeutschen Flächenländern, stellte Cornelia Lüdde-mann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fest. Sie bat die Landesregierung zu klären, warum das so ist. Eine Lösung für das Problem sah auch sie in der bereits angesprochenen Kindergrundsicherung.

Dr. Katja Pähle (SPD) sprach sich unter anderem für höhere Mindestlöhne und mehr Tarifbindung aus, um Kinder und Familien zu unterstützen. Wenn Menschen den ganzen Tag arbeiteten und nicht genug verdienten, um ihre Familien über die Runden zu bringen, sei dies zweifellos eine wirtschaftliche Fehlentwicklung. Pähle warnte davor, nach der Pandemie bei der Kinder- und Jugendarbeit zu sparen.

Am Ende der Debatte stimmte die Mehrheit der Abgeordneten der Beschlussempfehlung (Drucksache 7/7331) des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration zum Antrag der Linken zu.

Stefanie Böhme

Wohin mit dem radioaktiven Müll?

Deutschland sucht nach Lagerstätten für seinen Atommüll – und das nicht für kurzfristig, sondern perspektivisch für eine Million Jahre. DIE LINKE und die AfD lehnen ein weiteres Lager in Sachsen-Anhalt ab, die Koalition will vorhandene Belastungen berücksichtigt wissen.

Sachsen-Anhalt habe mit dem Endlager in Morsleben bereits einen erheblichen Anteil an der Bewältigung der radioaktiven Erblast der Bundesrepublik beigetragen, so die Begründung der Linken. Nach Ansicht der AfD sollte zukünftig kein Atommüll, der außerhalb Sachsen-Anhalts erzeugt wird, auf dem Gebiet des Landes eingelagert werden. Die Koalition hatte einen Alternativantrag eingebracht, in dem auf das Standortauswahlgesetz als Gesetzesgrundlage für die Findung eines Lagerplatzes verwiesen wird. Die Suche müsse demnach wissenschaftsbasiert, partizipativ, transparent, selbsthinterfragend und lernend sein. Dieser Prozess sei bundesweit nach den gleichen Kriterien fortzuführen. Bei den Entscheidungen müssten in den folgenden Phasen bereits dauerhaft zu tragende Lasten in den Bundesländern berücksichtigt werden. Die als Teilgebiete angesprochenen Kommunen sollen aktiv beteiligt werden.

Das wichtigste Kriterium bei der Einrichtung eines Endlagers für Atommüll sei die Sicherheit, mit der das Wirtsgestein für mindestens eine Million Jahre den Müll von seiner Umgebung abtrennen könne, erklärte Umweltministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Um die Pflicht, den atomaren Abfall sicher zu entsorgen, kommen wir in Deutsch-

land nicht herum.“ Der Suchprozess werde selbstredend kritisch begleitet.

„Ganze viele Menschen arbeiten mit ganz viel Elan daran, wo in Deutschland Atommüll für die Ewigkeit gelagert werden kann“, sagte Hannes Loth (AfD). In Sachsen-Anhalt würden bereits viele Altlasten betreut, „wir brauchen hier kein weiteres Atommülllager“.

Uwe Harms (CDU) wies auf die umfangreiche Bergbaugeschichte im Land Sachsen-Anhalt hin, diese sei eine Besonderheit in Deutschland. Die geologische Beschaffenheit dieser (früheren) Abbaugebiete sei wichtig für die Frage der Geeignetheit beziehungsweise Nichtgeeignetheit eines Gebiets hinsichtlich der Endlagerung von Atommüll.

„Wir wollen kein weiteres Endlager. Wir sind nicht das Atomklo der Nation“, konstatierte Hendrik Lange (DIE LINKE). Und die großen Stromkonzerne hätten sich unterdessen mit rund 24 Milliarden

Euro von der Endlagerung freigekauft – für einen Bruchteil der noch zu erwartenden Kosten, so Lange.

Die Suche nach einem geeigneten Atommüllendlager sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, vor der sich niemand drücken dürfe, sagte Dorothea Frederking (GRÜNE). Die Notwendigkeit der sicheren Einlagerung demonstrierte nachdrücklich den „Wahnsinn der Atomenergienutzung“ und die Selbstüberschätzung der Befürworter. „Nie wieder Atomenergie“, forderte die Grünen-Abgeordnete.

Nach dreißig Jahren Atomenergie in Deutschland seien hochradioaktiver Müll und eine Belastung, mit der noch viele Generationen umgehen müssten, zurückgeblieben, sagte Jürgen Barth (SPD). Kein Bundesland dürfe sich aus der Verantwortung für die Endlagerung herausnehmen, dies schließe auch das Land Bayern ein. Die Öffentlichkeit müsse im Findungsprozess intensiv einbezogen werden.

Im Anschluss an die Debatte wurden die beiden Anträge der Fraktionen von DIE LINKE und AfD abgelehnt. Der Alternativantrag der Koalition wurde angenommen.

Dr. Stefan Müller



In solchen Fässern wird Atommüll gelagert. Wie sicher sind solche Behälter und wie sicher ist deren Lagerort auf lange Sicht?

Letztes ÖRR-Kapitel noch offen

Die Fraktion DIE LINKE forderte im Dezember 2020 ein deutliches Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), die AfD-Fraktion wollte die Beitragserhöhung verhindern. Beide Anträge wurden im Ausschuss beraten und nun für erledigt erklärt.

Einige Anhörungen, einige Debatten – und das deutschlandweit. Die Diskussion um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 86 Cent ist im letzten Jahr sehr kontrovers geführt worden. Die Verfassungsbeschwerden der öffentlich-rechtlichen Sender gegen das Ausbleiben der Erhöhung des Rundfunkbeitrags sind derzeit vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig – dies ist der Grund für die Erledigterklärung des Antrags der Linken.

Gegen die „Zwangsförderung“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und für tiefgreifende Reformen sprach sich einmal mehr Tobias Rausch (AfD) aus. Das Ziel des AfD-Antrags sei zunächst trotz der fehlenden Zustimmung zum selbigen umgesetzt worden, befand Rausch. Mit der Zurückziehung des Staatsvertrags sei dem Ansinnen des AfD-Antrags entsprochen worden und konnte als erledigt erklärt werden.

Über die Notwendigkeit von Struktur-reformen habe es in der Koalition an sich keine Differenzen gegeben, Unterschiede hätten nur darin bestanden, wie man diese Veränderungen erreichen wolle, so Holger Hövelmann (SPD). Für die SPD sei die Ablehnung der Beitragserhöhung der falsche Weg. Sachsen-Anhalt habe sich hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht als verlässlicher Partner erwiesen, monierte Hövelmann. Statt neuer und innovativer Formate werde es nun öfter Wiederholungen geben.

Der Medienstaatsvertrag sei in Sachsen-Anhalt nicht zur Abstimmung gestellt worden und deswegen sei es nicht zu






Das Dreigestirn des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks in Deutschland wirbt für eine Beitragserhöhung um 86 Cent. Es wäre die erste Erhöhung nach über elf Jahren.

einer Beitragsanpassung gekommen, rekapitulierte Stefan Gebhardt (DIE LINKE). Die Einrichtung der Kulturplattform und der Umbau beziehungsweise die Aufwertung des Funkhauses in Halle (Saale) seien gestoppt worden. DIE LINKE spreche sich nicht für weniger, sondern für besseren und innovativen öffentlich-rechtlichen Rundfunk und für eine Gehaltsobergrenze in den Chefetagen aus, so Gebhardt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk werde immer offensiver von der konservativen Politik – auch vonseiten der CDU – in die Zange genommen, es drohe der Abriss der ÖRR-Strukturen, erklärte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Dabei sollte dieser ein Gegengewicht zum Angebot der privaten Medienanbieter bilden. Durch das Ausbleiben der Beitragserhöhung sei nun der crossmediale Umbau des MDRs in Halle (Saale) zurückgestellt worden. Das Kulturcluster rund um Halle werde viele Aufträge einbüßen, die geplante Kulturplattform werde nicht realisiert.

André Poggenburg (fraktionslos) sprach sich dafür aus, das „unübersichtliche

Senderspektrum“ im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk einzudampfen, den Rotstift an den Intendantengehältern anzusetzen und die Sendervermögen im Sinne des Programms abzubauen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle nach einer Grundreform das Programmangebot national-konservativ gestalten.

Die CDU wolle keineswegs am öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Axt anlegen, man wolle das Bewährte bewahren, aber auch dessen Reform voranbringen, da der ÖRR zu groß und zu teuer geworden sei, erklärte Markus Kurze (CDU). Es sei richtig gewesen, den Staatsvertrag zurückzuziehen, betonte Kurze. In einer der schwersten Krisen nach dem Zweiten Weltkrieg könne man nicht die Beiträge erhöhen, wenn die Unternehmen und die Menschen eigentlich entlastet werden sollten. Es gehe hier nicht nur um zwei Brötchen, sondern um hohe Milliardenbeträge, so Kurze.

Im Anschluss an die Debatte wurden die beiden Anträge wie geplant für erledigt erklärt.

Dr. Stefan Müller

Anhörung zum Staatsvertrag

Der Gesetzentwurf zum MDR-Staatsvertrag wurde erstmals im Februar-Plenum im Landtag von Sachsen-Anhalt beraten und dann zur weiteren Beratung in den Medien-Ausschuss überwiesen. Dort fand am 5. März 2021 eine öffentliche Anhörung zum Thema statt.

Die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen haben gemeinsam den Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk überarbeitet und modernisiert. In der Präambel des Gesetzentwurfs heißt es: „Sie wollen damit den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen stärken, in den drei mitteldeutschen Ländern die kulturelle Vielfalt und Identität fördern sowie zum demokratischen Dialog, zur Sicherung der Meinungsvielfalt und Erhalt der Lebensgrundlagen und des Friedens beitragen.“ Bei der Anhörung Anfang März im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien waren Expertinnen und Experten aus der Medienbranche aufgerufen, ihre Meinung zum Gesetzentwurf zu äußern.



Blick auf das Landesfunkhaus des Mitteldeutschen Rundfunks in Magdeburg.

Susanne Wiedemeyer vom DGB Sachsen-Anhalt freute sich, dass die Anzahl der Arbeitnehmervertreter im Rundfunkrat verdoppelt werden soll. Allerdings sei man irritiert, dass ein Sitz pro Land der Deutsche Beamtenbund erhalten soll. Sie denkt, dass die Staatskanzlei das aus „politischen Gründen“ getan habe und bittet, dies zu ändern. Außerdem monierte sie, dass die freien Mitarbeiter nicht mehr vom Personalrat vertreten werden können. Denn gerade sie hätten es nötig, dass man sich um ihre Belange kümmere. In anderen ARD-Anstalten sei dies besser geregelt.

Stephan Rether, Katholisches Büro Sachsen-Anhalt, sagte, der Vertragsentwurf sei, aus seiner Perspektive, an einigen Stellen nicht ganz durchdacht. Dass die Verpflichtung der MDR-Inten-

dantin auf die Landesinteressen an so prominenter Stelle (§ 2) genannt werde, erwecke den Eindruck, dass dieser Aspekt jetzt eine größere Bedeutung erhalten solle als früher. Ein Problem sieht Rether bei der Zusammensetzung des Rundfunkrats, deren Mitglieder entweder ein Dauerticket erlangen oder eben immer den Legislaturperioden unterliegen würden. Er stellte die Frage, ob es moralisch und ethisch richtig sei, die Mitglieder unterschiedlich zu behandeln. Denn wie lange jemand im Rundfunkrat sei, wirke sich auch auf seine Einflussmöglichkeiten dort aus.

Es sei zu begrüßen, dass eine Einigung zwischen den drei Ländern gefunden werden konnte, erklärte Dr. Werner Hahn, ehemaliger Justitiar des NDR.

Allerdings scheine es ein beachtliches Misstrauen gegenüber dem MDR und seiner Leitung zu geben. Hahn betonte: „Länder-Egoismen seien mit der Länder- und Programm-Autonomie nicht vereinbar.“ Er kritisierte, die kurze Kündigungsfrist des Staatsvertrags, die – rein theoretisch – bereits sieben Monate nach seinem Zustandekommen (Ende des Jahres 2021) möglich wäre. Unter diesen Umständen könnte der gesamte MDR auseinanderfallen. Die personelle Erweiterung der Gremien sah Hahn kritisch. Er wisse nicht, ob dies in der jetzigen Zeit das richtige Zeichen sei.

Der MDR sei für viele regionale Unternehmen ein wichtiger Partner, unterstrich Christoph Kukula vom Mitteldeutschen Film und Fernsehpro-

duzentenverband. Er freute sich, dass seine Branche bereits in der Präambel des Staatsvertrags erwähnt werde. Damit könne die weitere Stärkung zwischen Sendeanstalt und Produzenten vorangebracht werden, so Kukula. Sein Verband vertraue darauf, dass man auf dem richtigen Weg sei und sich dies in den nächsten Jahren an der Zahl der Produzenten zeigen werde. Zudem werde sich sein Verband um einen Sitz im neuen Rundfunkrat bewerben.

Thomas Bille, Vorsitzender der MDR-Freienräte, erinnerte an den offenen Protest, den sein Verband schon im Januar an alle drei Staatskanzleien geschickt habe. Es gebe mehr als 2 000 freie Mitarbeiter im MDR, die laut dem Gesetzentwurf nicht mehr vom Personalrat vertreten werden dürften, kritisierte Bille. Gerade in einer digitalisierten Welt sei es wichtig, möglichst viel Mitbestimmung zu ermöglichen. Mit diesem Entwurf sei dies nicht möglich. Es sei ein Unterschied, „ob ich gehört werde oder ein Mitspracherecht habe“. Der Trend gehe außerdem dahin, dass es immer mehr freie Mitarbeiter und immer weniger feste gebe, die das Programm gestalten. Deshalb wünschte er sich, dass der Staatsvertrag an dieser Stelle korrigiert werde.

Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Universität Leipzig (Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungs- sowie Medienrecht), beschäftigte sich in seinen Ausführungen unter anderem mit der Frage, ob der Gesetzentwurf mit dem Grundsatz der Staatsferne des Rundfunks vereinbar sei und hier konkret mit dem ZDF-Urteil vom Bundesverfassungsgericht. Gersdorf unterstrich diesbezüglich, der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) gehöre allein der Gesellschaft und nicht dem Staat, auch nicht zu einem Drittel. Selbst wenn man dies – wie das Bundesverfassungsgericht – anders sehe, müsste man diese Möglichkeit als Staat nicht ausnutzen. Der Staatsvertrag verpasse jedoch die Chance, einen echten staatsfreien ÖRR zu etablieren und einmal mutig voranzuschreiten. In einzelnen

Paragraphen sah Gersdorf Nachbesserungsbedarf. Verfassungsrechtliche Bedenken hatte er beispielsweise beim Paragraphen 15, der die Zusammensetzung von Rundfunk- und Verwaltungsrat regelt.

Bereits in der Präambel werde das klare Bekenntnis der drei Länder zum MDR deutlich, sagte Prof. Dr. Jens-Ole Schröder, juristischer Direktor des MDR. Dies verdeutliche, dass die Erfolgsgeschichte der letzten 30 Jahre fortgeschrieben werden soll. Schröder kritisierte unter anderem den Paragraphen 2 des Gesetzentwurfs, der einen „mechanischen Ressourcenverteilungsmechanismus“ suggeriere, den es nicht gebe. Der Einsatz der Beitragsmittel unterliege den programmlichen Hoheiten des MDR. Die Vorschrift verlangte jedoch etwas anderes. Nach Vorstellung der Thüringer Landesregierung sollte diese Vorschrift vom Staat kontrolliert werden, und es gebe das Drohszenario, den Staatsvertrag im Zweifel zu kündigen.

Ines Hoge-Lorenz, Direktorin des MDR, beurteilte die Neufassung als Ermunterung, den eingeschlagenen Weg von MDR Sachsen-Anhalt fortzusetzen. Sie verwies auf die konsequente trimediale Berichterstattung und die große regionale Präsenz in ganz Sachsen-Anhalt. Eine besonders hohe Akzeptanz gebe es bei den Bürgerinnen und Bürgern für das Onlineangebot. Die Direktorin findet es gut, dass der Staatsvertrag ausdrücklich auf die Trimedialität und die Vernetzung mit der ARD eingeht. Der MDR höre zu und biete eine Plattform des Austauschs. Ziel sei es, den Dialog zu fördern und eine Grundlage zur Meinungsbildung zu ermöglichen. Auf diesem Weg fühle sich Hoge-Lorenz durch den neuen Staatsvertrag bestärkt.

Staatsminister Rainer Robra erklärte, man dürfe zudem nicht vergessen, dass der MDR nicht nur eine Rundfunkanstalt sei, sondern auch eines der wichtigsten Unternehmen im mitteldeutschen Raum. Robra verteidigte den Paragraphen 2 des

Gesetzentwurfs, in dem es heißt. „Die Intendantin oder der Intendant hat im Rahmen des Möglichen darauf hinzuwirken, dass den Ländern ihre Anteile an den Einnahmen des MDR mittelfristig zu Gute kommen.“ Aus seiner Sicht gebe es keine „mechanische Ressourcenverteilung“. So wie es bereits den Produzentenbericht gebe, werde es den Ressourcenbericht geben, dies sei nicht ungewöhnlich sondern völlig normal. Staatsminister Robra führte weiter aus, das Thema „Kündigungsregelung“ des Vertrags werde aus seiner Sicht überschätzt. Auch im ZDF-Staatsvertrag sei ein erster kurzer Kündigungstermin auf das Ende des Jahres 2017 gesetzt worden. Es sei der Wunsch des Landes Thüringen im Wahljahr gewesen, jedoch sei allen klar, dass Thüringen weder von Hessen aufgenommen, noch eine eigene Rundfunkanstalt auf die Beine stellen werde. Es handle sich bei dieser Klausel eher um „ein Zugeständnis der Landesregierung an seinen Landtag“.

Zur Kritik der Freien Mitarbeiter führte Robra aus, dass man sich bei der Erarbeitung des Staatsvertrags nicht auf ein Personalvertretungsgesetz der einzelnen drei Ländern einigen konnte und deshalb auf das Bundespersonalvertretungsgesetz verwiesen habe. Dies werde gerade novelliert, danach müsse geschaut werden, ob die dortigen für die Deutsche Welle getroffenen Regelungen auf den MDR übertragen werden könnten. Falls dies für die freien Mitarbeiter keine positive Lösung biete, zeigte sich Robra in diesem Punkt gesprächsbereit.

Und wie geht's mit dem Gesetz weiter? Am Ende der Anhörung hat der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien noch keine Entscheidung getroffen. In der kommenden Sitzung des Ausschusses soll eine Beschlussempfehlung für den Landtag erarbeitet werden. Der Gesetzentwurf soll im April-Plenum, in der voraussichtlich letzten Sitzungsperiode vor der Landtagswahl, abschließend beraten und abgestimmt werden. Stefanie Böhme

Blankenburg – die Blütenstadt am Harz

Was verbindet Blankenburg (Harz) mit Metropolen wie Wien, Sankt Petersburg, Athen und Madrid? Blaues Blut.

Die einstigen Herrscher auf Schloss Blankenburg verstanden es gut, durch Verheiratung ihrer Töchter enge familiäre Bindungen zu Königs-, Kaiser- und Zarenhöfen zu knüpfen. So wurde die Großmutter des heutigen spanischen Monarchen Felipe VI., Friederike von Hannover, 1917 in Blankenburg geboren. Dort verlebte sie als einzige Tochter von Herzog Ernst August von Braunschweig einen Teil ihrer Kindheit. Schon zwei Jahrhunderte zuvor hatte Herzog Ludwig Rudolf seine Residenz in der kleinen Harzstadt landesherrlich herrichten und das mehr als 300 Meter (NN) über dem Ort thronende Renaissanceschloss in ein prachtvolles Barockensemble umwandeln lassen. Dort und in den zur Schlossanlage gehörenden barocken Gärten, Parks und Gebäuden wurden rauschende Feste gefeiert, herrschaftliche Jagden und Vergnügungen aller Art veranstaltet.

Ein kleiner Hauch vom damals pompösen höfischen Leben weht auch heute wieder durch die Stadt, die sich anstrengt, ihr architektonisches und gartenkulturelles Erbe zu einem Touristenmagneten aufzupolieren. Immerhin 400 Jahre Gartenkunst sind in Blankenburg an einem Ort erlebbar: Oberhalb des Kleinen Schlosses liegt der barocke Terrassengarten mit seiner sprudelnden Wasserachse. Daran schließen sich der Berggarten mit dem Teehaus, die Obere Mühle und das Große Schloss an. Der modern gestaltete Fasanengarten, der landschaftliche Schlosspark und der Tiergarten runden das einmalige Ensemble ab, das zu den Gartenträumen Sachsen-Anhalts gehört.

In diesem Jahr waren Blankenburgs Schlossgärten vorübergehend fest in Kinderhand. Deren Jubel und Lachen ertönte zwischen den alten Alleen und Baumbeständen, als die Kleinen im Januar und Februar auf dem hügeligen Gelände unterhalb des Großen Schlosses rodelnd die weiße Winterpracht genossen. Auch im barocken Terrassengarten hatte seit Langem wieder einmal Väterchen Frost Einzug gehalten. Auf den Beeten glitzerten und funkelten statt Blumen Schneekristalle im Sonnenlicht, Bänke, steinerne Vasen und Putten waren mit dekorativen weißen Hauben geschmückt. Lediglich der Braunschweiger Löwe, eine rund 1,80 Meter hohe Großplastik vor dem Kleinen Schloss, blickte, gänzlich „unbeschnitten“ und nur mit den Tatzen im Schnee steckend, in Richtung Braunschweig. Die Bronzefigur ist Eigentum des Hauses Hannover und

steht als Dauerleihgabe für die enge Verbundenheit dieser Familie mit der Stadt und dem Altkreis Blankenburg, der 1945 zwischen der britischen und der sowjetischen Besatzungszone aufgeteilt wurde. Das Löwenmotiv mit stilisierter Blütenmähne schmückt auch das heutige Stadtlogo, das die Historie Blankenburgs mit der Obstbautradition der Region symbolisiert. „Blütenstadt am Harz“ nennt sich die Kommune – mit Recht. Auch wenn bisher nur vereinzelt gelbe Blüten des Winterjasmins davon künden – bald schon wird es in Blankenburg und seinen Ortsteilen ein wahres Blütenmeer geben. Nicht nur Frühlingsblüher in den barocken Terrassengärten am Kleinen Schloss machen der „Blütenstadt am Harz“ dann alle Ehre, sondern in und außerhalb der Stadtmauern auch eine Vielzahl blühender Obstbäume.



Der Braunschweiger Löwe – eines von Blankenburgs Wahrzeichen.



Im Kleinen Schloss hat heute die Tourist-Information ihr Domizil.

Bis 1740 lässt sich Obstbaumzucht in dieser auch von zahlreichen Streuobstwiesen geprägten Kulturlandschaft zurückverfolgen. Allein in Blankenburg, der Stadt der Parks und Gärten, die „Grün“ als ihr Erbe betrachtet, gab es um 1900 rund 73 000 Obstbäume. In der Stadt Derenburg, einem Ortsteil von Blankenburg, informiert ein Streuobstmuseum über diese wichtigen Lebensräume, nicht nur für das Gedeihen vitaminreicher Früchte, sondern auch für Kleinsäuger, Insekten und Reptilien sowie den Landschaftsschutz.

Wie die Stadt Derenburg gehören die Ortsteile Börnecke, Cattenstedt, Heimburg, Hüttenrode, Timmenrode und Wienrode seit der Gemeindegebietsreform 2010 zu Blankenburg. Die zusammen rund 20 000 Einwohner leben auf einer Fläche von fast 15 000 Hektar in einer landschaftlich reizvollen und abwechslungsreichen Umgebung am nördlichen Rand des Harzes, wobei die Kernstadt genau in der Mitte des Harzkreises liegt. Wirtschaftlich wurde die Region einst durch Bergbau –

neben Eisenerz wurden Sandstein, Farberden und Kalk abgebaut – und Hüttenwesen geprägt. Zu DDR-Zeiten arbeiteten viele Blankenburger in den Harzer Werken, in einem Forschungs- und Entwicklungswerk der Deutschen Reichsbahn sowie einem Metallleichtbaukombinat. Mit dem Aus für diese drei großen Betriebe nach der Wende brachen zirka 5 000 Arbeitsplätze weg, was einen hohen Einwohnerschwund nach sich zog. Zwar bieten in Blankenburg heute Unternehmen wie STRATIE Straßen- und Tiefbau GmbH, die Umwelt & Wassertechnik GmbH, die neuen Harzer Werke Motorenteknik GmbH, ein Fahrzeug- und Entwicklungswerk Blankenburg GmbH sowie zahlreiche mittelständische Betriebe in der Kernstadt und den Ortsteilen Beschäftigung, doch der Bevölkerungsverlust – allein in der Kernstadt betrug er zwischen 2000 und 2014 mehr als 20 Prozent – ließ sich nicht kompensieren.

Das zeigt sich auch in der von spätmittelalterlichen Straßenzügen und anspruchsvollen topografischen Ver-

hältnissen geprägten Altstadt von Blankenburg. Wie überall im Land sind die hübschen Gassen im Zentrum derzeit fast menschenleer, doch viele Blankenburger Geschäfte sind nicht pandemiebedingt geschlossen.

Laut dem vor fünf Jahren vorgelegten Stadtentwicklungskonzept gibt es trotz etlicher Anstrengungen seit den 1990er Jahren, darunter die Rekonstruktion des historischen Rathauses, nach wie vor akuten Sanierungsbedarf sowie Leerstand von Wohnungen und Geschäften. Durch neue Nutzungs- und Gestaltungskonzepte – etwa durch Ferienwohnungen – soll die mehr als 40-prozentige Leerstandsquote verringert und die Altstadt von Blankenburg (Harz) für Bewohner und Touristen aufgewertet werden.

Darauf hoffen auch viele Blankenburger. Zwei ältere Damen, die zu den Wenigen gehören, die derzeit durch die hübschen Gassen schlendern, trauern vor den leeren Schaufenstern eines großen Fachwerkhäuses der dort einst >>>

>>> ansässigen Buchhandlung nach. Es seien kaum noch Leute da, die in der Innenstadt einkaufen würden, und Touristen verirren sich nicht allzu häufig hierher, beklagen sie. Mit der Verlagerung der Kurklinik auf die „grüne Wiese“ wäre der Weg selbst für die dortigen Rekonvaleszenten meist zu weit.

Schlamm- und Moorkommen in der Nähe wurden zur Grundlage des Blankenburger Kurwesens, das der Naturheilkundler Adolf Just initiierte, als er hier 1918 eine Heilerde-Gesellschaft gründete. 20 Jahre später wurde das „Teufelsbad“ in Betrieb genommen und 1940 als Heilbad anerkannt. Nach dem Neubau der Fachklinik auf einem parkähnlichen Grundstück inmitten malerischer Wälder, fristeten die einstigen Bauten des Blankenburger Kur- und Bäderwesens in der Innenstadt ein trauriges Dasein. Seit Kurzem gibt es zumindest für das Ensemble einen Lichtblick: zwei Unternehmer wollen das marode frühere Bade- und Kurmittelhaus mit Millionen-Aufwand sanieren und das umliegende Areal komplett neu gestalten.

Neben derartigen privaten Initiativen setzt Bürgermeister Heiko Breithaupt weiterhin auf das Engagement vieler Blankenburger. Auch im zurückliegenden Jahr, „das weite Teile unseres privaten und gesellschaftlichen Lebens vor eine Herausforderung gestellt hat und weiter stellt, die wir in diesem Ausmaß nie erlebt haben“, hätten sich unzählige Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Wohle ihrer Stadt eingesetzt, berichtet er voller Stolz, und dankt ihnen „für das Vertrauen in unsere Stadt“. In diesem Jahr würden erneut genügend Aufgaben darauf warten, erfüllt zu werden. „Die Sanierung unseres Stadtparks wird weitergeführt, auf unserer Burg und Festung Regenstein sollen neue Attraktionen entstehen und die Planungen für die umfangreiche Rekonstruktion des beliebten Schlossteiches und seiner Zuläufe können beginnen“, zählt er einige Vorhaben auf. Mit Zuversicht blicke



Das über 100 Hektar große Gartenensemble zwischen Großem und Kleinem Schloss gehört zu Sachsen-Anhalts Netzwerk „Gartenträume“.

Ein beliebtes Ausflugsziel: die Burgruine Regenstein unweit von Blankenburg.



er auf dieses Jahr 2021, versichert das Stadtoberhaupt, „in dem wir alle wieder zu einer weitestgehenden Normalität unseres Miteinanders zurückkehren wollen“.

Jene, die mit dem Harz „Gebirgsromantik“, „Fachwerkidylle“ und eine außerordentliche Dichte an naturräumlichen und kulturhistorischen Schätzen verbinden, lädt er ein, nach Blankenburg zu kommen. Die Kernstadt wie alle Ortsteile sind staatlich anerkannte Erholungsorte, wo man Sehenswertes entdecken, Kultur erleben, sich aktiv erholen und Gastlichkeit genießen könne.

Hoch über Blankenburg – ein Paradebeispiel für eine Kleinresidenz des Barock –

thront das Große Schloss, mit einer Gesamtfläche samt Nebengebäuden, Remise und Marstall von rund 24 000 m² das größte noch erhaltene Welfenschloss. Bis April 1945 wohnte dort die herzogliche Familie, bevor sie unter Mitnahme fast des gesamten Inventars mit den Briten Blankenburg gen Westen verließ. Aus dem Schloss wurde zunächst ein Erholungsheim und später eine Fachschule für Binnenhandel. Der 1991 beginnende Leerstand des Baudenkmals, an dem viele Investorenkonzepte scheiterten, schadete der Gebäudesubstanz erheblich, sodass die einstige architektonische Pracht verloren ging. Seit 2005 kümmert sich der Verein Rettung Schloss Blankenburg e. V. um Instandhaltung, Restauration



Herausforderung für Wanderlustige: die Teufelsmauer.

und Wiederbelebung der Bauwerke, was überwiegend von Land und Bund in Millionenhöhe gefördert wird. Bereits wieder hergerichtet sind der Graue Saal, das Theater, die Schlosskapelle, der Kaisersaal sowie der Rittersaal – sie sind bei Führungen sowie Veranstaltungen vieler Art zu besichtigen. Auch romantisch heiraten kann man im Großen Schloss von Blankenburg.

Ein Standesamt gibt es ebenfalls im Kleinen Schloss, das im klassisch-barocken Baustil mit schwingenden Formen und Liebe zum Detail die Verbindung zwischen den Schlossgärten und der Altstadt bildet. In dem 1725 als fürstliches Gartenhaus errichteten Gebäude haben heute das Projektbüro der Harzer Wandernadel sowie die Tourist-Information ihr Domizil. Seit einem Jahr informiert dort eine Ausstellung (coronabedingt derzeit geschlossen) über Besonderhei-

ten einer speziellen Bundeswehrdienststelle, der Feldwebel-Anton-Schmid-Kaserne in Blankenburg. Besucher können mittels einer Virtuellen-Realität-Brille Teile eines weitverzweigten, acht Kilometer langen Stollensystems unterhalb des Regensteinmassivs erkunden.

Das dortige Versorgungs- und Instandsetzungszentrum Sanitätsmaterial hat den Status einer Apotheke und versorgt rund ein Drittel der Bundeswehr mit Arzneien. Neben der Apotheke in 80 Metern Tiefe befinden sich in der 33 000 m² großen Anlage ein Nachschubzug und die Medizingeräteinstandsetzung, in der unter anderem auch Brillen geschliffen werden. Medizinisch oder pharmazeutisch hochqualifiziertes Personal aus der Kaserne haben Anfang des Jahres gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr Blankenburg (Harz) und Mitarbeitern des städtischen Bauhofs im

Blankenburger Sportforum das Impfzentrum aufgebaut, wo an zwei fachkundig eingerichteten Strecken nun die Corona-Impfungen erfolgen, berichtet Stadtsprecher Bennet Dörge.

Das Regensteinmassiv, unter dem die Bundeswehr ihre unterirdische Apotheke betreibt, befindet sich etwas außerhalb von Blankenburg. Auf einem markanten Felssporn wurden dort im 12. Jahrhundert eine Burg errichtet, die im 17. Jahrhundert zur Festung ausgebaut wurde. Die verbliebenen Ruinen sind heute ein beliebtes Ausflugsziel und Freilichtmuseum, in dem alljährlich zu Ostern, Pfingsten und im Juli – sofern es keine coronabedingten Einschränkungen gibt – bei Wikingerfestspielen und Ritterspektakeln die Vergangenheit der Burg und Festung Regenstein lebendig wird.

Ein einmaliges Erlebnis für Wanderlustige bietet ein Kammweg auf der Teufelsmauer, einer sagemumwobenen Felsformation. Der rund 25 Kilometer lange Teufelsmauerstieg verbindet entlang einer grandiosen Filmkulisse Blankenburg mit der Stadt Ballenstedt.

Unweit von Blankenburg ist die ehemalige Zisterzienser-Abtei Kloster Michaelstein ein besonderer Anziehungspunkt für Musikliebhaber. Die an der Straße der Romanik gelegene Klosteranlage dient heute als Musikakademie, Konzert- und Veranstaltungsort, Tagungshaus und Museum. In Derenburg können Besucher das Geheimnis der Glasherstellung erkunden. Die dortige Manufaktur Harzkristall gehört zu den wenigen noch produzierenden Glashütten in Deutschland.

Blankenburgs Slogan „Überraschend vielseitig“ trifft auch auf ein kleines Museum im historischen Stadtkern zu: das Herbergsmuseum, einzigartig in Deutschland. Das kleine Fachwerkhäusle diente von 1884 bis 1916 als Herberge für reisende Handwerksgelesen.

Gudrun Oelze

Blankenburgs Teilungsdokumente werden in London verwahrt

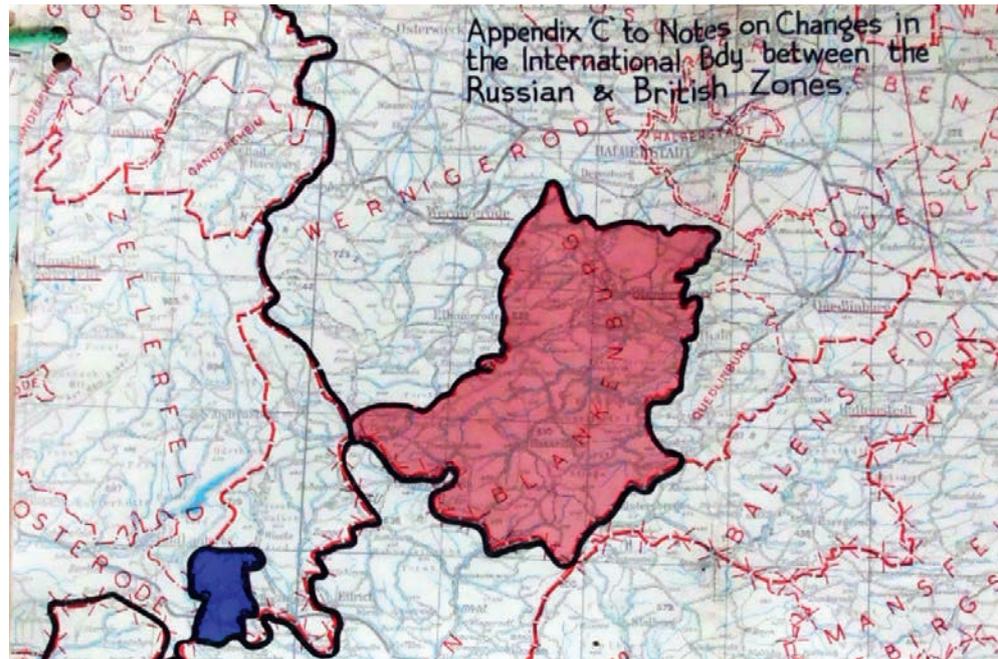
Vor über 75 Jahren führte der größte Gebietstausch im besetzten Deutschland zu einschneidenden territorialen Veränderungen im Harz.

In National Archive in London sind die Dokumente verwahrt, die Auskunft geben über die Ursachen der Teilung des ehemals in der britischen Zone liegenden braunschweigischen Landkreises Blankenburg (Harz). Ursächlich hierfür waren Befürchtungen der Briten um die ausreichende Energieversorgung ihrer Besatzungszone, die unmittelbar mit dem damals in der Börde an der Demarkationslinie liegenden Kohlekraftwerk Harbke im Zusammenhang standen.

Das Gebiet westlich einer gedachten Linie Wismar – Magdeburg – Leipzig – Erzgebirge war im April 1945 temporär von britischen und amerikanischen Verbänden besetzt worden. So standen die westlich der Elbe gelegenen Teile der Provinz Magdeburg unter der Kontrolle der 9. US-Armee, denen britische Military Government Detachments für die Rückführung von Displaced Persons und zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung unterstellt waren.

Mit der Mitte Mai 1945 beginnenden Ablösung der 9. US-Armee durch Verbände der britischen 21. Armeegruppe geriet die Provinz Magdeburg westlich der Elbe vollständig unter britische Kontrolle. Das für die Provinz Magdeburg zuständige britische Militärregierungsorgan wurde der Führung durch das 229/305 Provinz Military Government Detachment mit Sitz in Hannover unterstellt.

Schon Mitte Mai 1945 erkannte diese für die Provinz Hannover und das Land Braunschweig verantwortliche Militärregierung, dass die in Jalta ver-



Auf der Karte sind die jeweils an die Briten (blau) und die Russen (rot) abgetretenen Gebiete vermerkt.

einbarte Demarkationslinie zwischen der Britischen und Sowjetischen Besatzungszone erhebliche Nachteile für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Britischen Zone bedeuten würde. Maßgeblichen Anteil daran hatten die wenigen unzerstörten und für die Energieversorgung unzureichenden Kraftwerke in der Britischen Zone. Im ersten Wochenbericht der hannoverschen Militärregierung, für den Zeitraum 10.–17. Mai 1945, wurde die Bereitstellung elektrischer Energie für die Britische Zone dargestellt. Beachtenswert ist hier der Hinweis, wonach 65 Prozent der verfügbaren Energie, in der Provinz Magdeburg im Kraftwerk Harbke produziert wurden. Im dritten Wochenbericht gingen die Briten sogar davon aus, dass

mittelfristig elektrische Energie in großem Umfang auch aus dem Raum Leipzig in die Britische Zone durchgeleitet würde. Umso ernüchternder nahm sich für die Briten daher der am 11. Juni 1945 von US-Präsident Truman angekündigte US-Truppenrückzug aus den temporär besetzten Gebieten in der Sowjetischen Zone aus. Auf Drängen der Sowjets, die nach der alliierten Erklärung zur Übernahme der Obersten Gewalt in Deutschland ihre Besatzungszone vollständig kontrollieren wollten, hatten die Amerikaner die Briten mit dem frühen Truppenrückzug völlig überrascht.

Die Militärregierung in Hannover sah sich dadurch veranlasst, dem Oberkommando der 21. Britischen Armee-

gruppe am 15. Juni 1945 einen kühnen Vorschlag zur Ausweitung der Britischen Zone nach Osten vorzulegen. Aus Gründen der angenommenen Zugehörigkeit zum niedersächsischen Wirtschaftsgebiet sollten Teile der in der Provinz Magdeburg gelegenen Landkreise Gardelegen, Haldensleben, Oschersleben, der gesamte Landkreis Wernigerode, die Stadt Halberstadt, Teile des Landkreises Quedlinburg mitsamt der Kreisstadt und Teile des thüringischen Landkreises Grafschaft Hohenstein (Nordhausen) in die Britische Zone eingegliedert werden.

Mit dem vereinbarten Rückzug der britischen und US-Truppen aus den temporär besetzten Gebieten, der am 5. Juli 1945 abgeschlossen war, wäre ein solcher Vorschlag, der den Briten die Energieversorgung auch aus dem Kraftwerk Harbke gesichert hätte, einem Affront gegen die Sowjets gleichgekommen. Um dennoch in die Verfügungsgewalt und den Besitz des so wichtigen Kraftwerks Harbke zu gelangen, initiierte der Kommandierende General des britischen 30. Korps am 7. Juli 1945 einen alternativen Vorschlag. Auf dem Verhandlungswege sollten die Sowjets dazu gebracht werden, im Tausch gegen große Teile des braunschweigischen Landkreises Blankenburg das Kraftwerk Harbke und Teile des Landkreises Grafschaft Hohenstein (Bad Sachsa und Tettenborn) an die Britische Zone abzutreten.

Seit dem 10. Juli 1945 verhandelten die Briten unter Federführung der 21. Armeegruppe mit der Führung des 125.

Garde-Schützenkorps der Roten Armee. In den Verhandlungen beharrten die Sowjets jedoch auf dem Verbleib des Kraftwerks Harbke in ihrer Zone. Briten und Sowjets, jeweils vertreten durch die Korpskommandeure, einigten sich auf eine dauerhafte Lieferung von 75 Prozent der Energieausstoßmenge des Kraftwerks, gegen Kohlelieferungen aus dem in der Britischen Zone liegenden Helmstedter Revier. Für den Tausch des Ostteils des Landkreises Blankenburg forderten die Briten zur signifikanten Verkürzung der Demarkationslinie von den Sowjets die Übernahme von Bad Sachsa und Tettenborn.

Am 18. Juli 1945 ermächtigte die 21. Armeegruppe den Kommandierenden General des 30. Korps zur Ratifizierung der ausgehandelten Übereinkunft zum Austausch von Territorien zwischen der Britischen und Sowjetischen Besatzungszone. Der Termin für den Gebietstausch wurde für den 23. Juli 1945, 8.00 Uhr Ortszeit vorgesehen. Bis dahin trafen die Briten umfangreiche Maßnahmen, um das für den Landkreis Blankenburg zuständige 111. Kreis Military Government Detachment und Teile ihrer 5. Infanteriedivision bereits bis zum 22. Juli 1945 aus dem abzutretenden Gebiet abzuziehen.

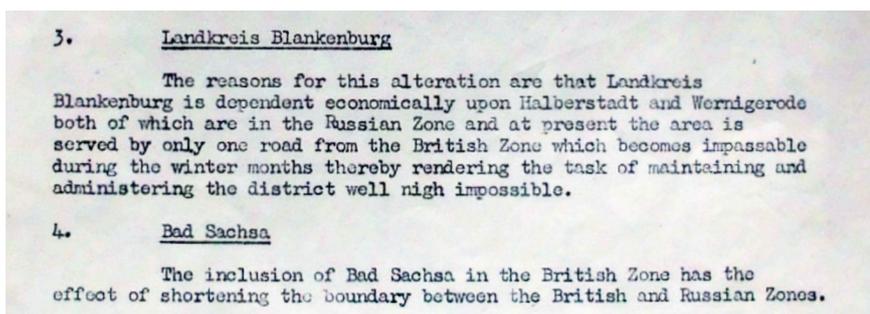
Um die vereinbarten Änderungen der Demarkationslinie in die Ergebnisse des Potsdamer Abkommens einfließen lassen zu können, brachte Feldmarschall Montgomery, der britische Vertreter im Alliierten Kontrollrat für Deutschland,

am 30. Juli 1945, dem Tage der konstituierenden Sitzung des Kontrollrats ein entsprechendes Memorandum ein. Sowohl aus dem Text des abgebildeten Memorandums als auch aus dem Kartenauszug der abgebildeten Anlage C zu diesem Memorandum kann ein scheinbarer Vorteil der Sowjets bei den zugrunde liegenden Verhandlungen angenommen werden. Mit der Abtretung des Ostteils des Landkreises Blankenburg dürften geschätzt mehr als 30 000 Menschen in die Obhut der Sowjets überstellt worden sein, bei gleichzeitiger Überstellung von geschätzt 6 000 Menschen in die Britische Zone.

Die eigentliche Bedeutung des Memorandums für die Briten geht jedoch aus diesem gar nicht unmittelbar hervor. Wenngleich sich in ihm eine für die Briten signifikante Verkürzung der Demarkationslinie ableiten lässt, bleibt die maßgebliche Regelung zur Energieversorgung der Britischen Zone und somit die eigentliche britische Intention unerwähnt.

Mit dem später im Oktober 1945 geschlossenen Harbke-Agreement sicherten sich die Briten die Stromlieferungen gegen die Lieferung von Braunkohle aus dem Helmstedter Revier bis in das Jahr 1952.

Der Gebietstausch wurde nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 nicht wieder rückgängig gemacht. Uwe Oberdiek, Vorsitzender des Fördervereins Grenzlandmuseum Bad Sachsa



Im Memorandum der Briten wurde dargelegt, welche Gebiete die Zugehörigkeit wechseln sollten.



Gebäude des National Archive in London.

Erfolge und Misserfolge politischer Bildung in Deutschland seit 1991

Der emeritierte langjährige Professor an der TU Dresden Werner J. Patzelt legt mit dieser umfangreichen Aufsatzsammlung zur politischen Bildung eine Art Resümee der Erfolge und Misserfolge politischer Bildung im vereinigten Deutschland seit 1991 vor. Patzelt behandelt dabei ein sehr weites thematisches Spektrum, indem er die Bedeutung der Politikwissenschaft für politische Bildung untersucht, auf die Bedeutung des in den neuen Ländern neuen Faches Gemeinschaftskunde hinweist und politische Bildung für ganz unterschiedliche Zielgruppen analysiert. Besonders spannend lesen sich die Beiträge, die sich mit dem Phänomen der Politikverdrossenheit und den Herausforderungen beim Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen in den neuen Bundesländern beschäftigen.

Michael Rahmfeld

Werner J. Patzelt: Politische Bildung für ein demokratisches Deutschland. Ziele, Inhalte, Methoden. Baden-Baden: Ergon, 2019.

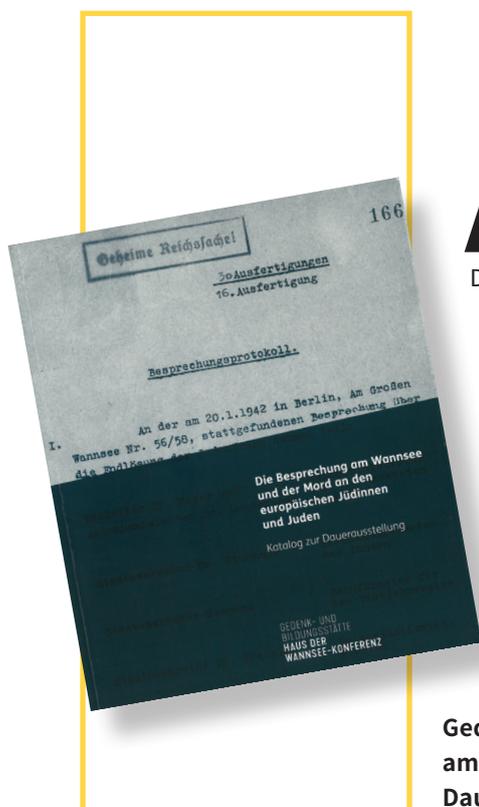


Wannseekonferenz: Bürokratisch abgestimmter Massenmord

Am 20. Januar 1942 treffen sich fünfzehn hochrangige Vertreter des nationalsozialistischen Regimes in einer ehemaligen Fabrikantenvilla in Berlin und planen den bürokratisch abgestimmten Massenmord an den europäischen Juden. Die Dauerausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz in Berlin, deren wesentliche Inhalte im vorliegenden Katalog wiedergegeben werden, bettet dieses Ereignis umfassend in die Vorgeschichte und die Folgen der Judenverfolgung, Ausgrenzung und Deportation ein. Der Katalog der Ausstellung leistet einen wesentlichen Beitrag, auch den nachwachsenden Generationen die Gefahren von Rassismus und Antisemitismus vor Augen zu führen. Auf ganz unterschiedlichen darstellerischen und didaktischen Ebenen werden Zusammenhänge verdeutlicht und am konkreten Beispiel des Umgangs der Nachkriegsgesellschaft mit den überlebenden Tätern und Beteiligten deutlich gemacht, wie unendlich schwer eine „Aufarbeitung“ dieser Verbrechen im Nachkriegsdeutschland war. Impressionen zur Ausstellung finden Sie hier: www.ghwk.de (Hauptnavigation Ausstellungen/ Dauerausstellungen)

Michael Rahmfeld

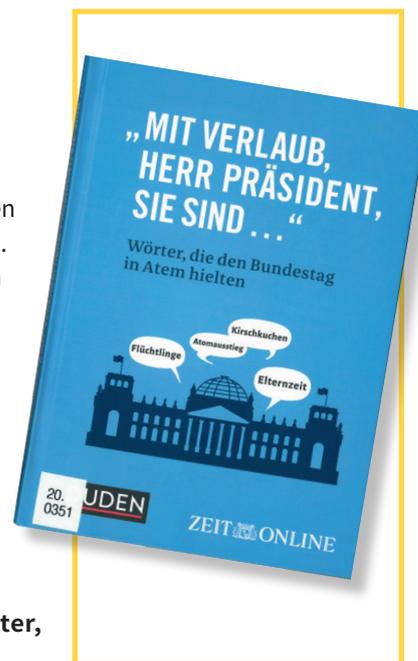
Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hrsg.): Die Besprechung am Wannsee und der Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden. Katalog zur Dauerausstellung. Berlin, 2020.



Wörter, die den Bundestag in Atem hielten

Seit über 70 Jahren besteht der Deutsche Bundestag. In dieser Zeit wurden von den Stenografen und Stenografinnen mehr als 20 Millionen Wörter mitgeschrieben. Davon schaffte es jedoch nur ein winziger Teil in die Nachrichten. Die Redaktion von ZEIT ONLINE ermöglicht mit diesem Buch einen ungewöhnlichen Blick auf die Debatten und die Sprache des Bundestags. Mit Hilfe zahlreicher Grafiken wird die Politik von 1949 bis heute anschaulich gemacht und unterhaltsam interpretiert. Anhand der Reden der Bundestagsabgeordneten wird beispielsweise untersucht, welche die wichtigsten Themen in den vergangenen Jahrzehnten waren, welche Entwicklungen man am Vorkommen bestimmter Wörter ablesen kann und wie sich die Sprache der Abgeordneten verändert hat. Ein kurzweiliges Lesevergnügen, denn die Erkenntnisse der ZEIT-ONLINE-Journalisten sind mitunter überraschend.

Beate Grau



Div. (ZEIT-ONLINE-Redaktion): „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ...“. Wörter, die den Bundestag in Atem hielten. Berlin: Duden, 2020.

Mütter auf der Suche nach der Wahrheit

Das vorliegende Buch ist im Rahmen eines Forschungsprojekts entstanden und behandelt ein sehr emotionales und belastendes Thema. In einem Pilotprojekt geht es um die Aufarbeitung der schweren und häufig lebenslang prägenden Erfahrung, ein Kind verloren zu haben. Im Mittelpunkt stehen Interviews mit Frauen, die in der DDR gelebt und dort zumeist in den 1970er und 1980er Jahren ein Kind entbunden haben. Diesen Frauen wurde damals gesagt, dass ihr Kind vor, während oder nach der Geburt gestorben sei. Nach der politischen Wende fingen die betroffenen Frauen jedoch an, am Wahrheitsgehalt dieser Aussagen zu zweifeln. So halten sie es für möglich, dass ihre Kinder noch leben und zu keiner Zeit über ihre Herkunft informiert worden sind. Unter medizinhistorischen Aspekten und ethischer Abwägung werden in der Studie die Ängste, Befürchtungen und Erfahrungen aufgearbeitet, die diese Frauen meist ein Leben lang begleiten. Ein Buch, das unter die Haut geht.

Beate Grau

Florian Steger, Maximilian Schochow: Wo ist mein Kind? Familien auf der Suche nach der Wahrheit. Ein Beitrag zur Aufarbeitung. Halle (Saale): mdv, 2020.



DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

Eine Krawatte im Archiv

Warum sind im Archiv des Landtags von Sachsen-Anhalt Seidenkrawatten, Gemälde, Wandteller, Medaillen, Puzzles, Plüscenten und eine Glocke, die der erste Landtagspräsident benutzte, zu entdecken?



Gemälde: Geschenk an den Landtagspräsidenten vom Verein „Korvette Magdeburg“ beim Besuch im Landtag am 8. Oktober 2011.



Wandbehang: Schenkung eines Lehrers der Ingenieurschule für Wasserwirtschaft Anfang der 1990er Jahre.

Seidenkrawatte mit eingestickten Wappen: Geschenk des Deutschen Bundesrats an den Landtagsdirektor im Jahr 2006.



Besondere Erinnerungsstücke und Geschenke gelangen auf vielfältigen Wegen in den Landtag und werden dem Archiv übergeben. Neben der „klassischen“ Überlieferung von Plenar- und Ausschussprotokollen, Verwaltungsakten, von Videos sowie Fotos ergänzt eine museale Sammlung die Geschichte des Landtags. Die Einzelstücke, die unterschiedlicher nicht sein könnten, erzählen ihre eigene Geschichte.

Entweder sind es Gastgeschenke nationaler und internationaler politischer Vertreter wie Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten anderer Länder, Botschafterinnen und Botschafter oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei deren Besuchen im Landtag. Oder aber es sind Geschenke, die während einer Reise im Ausland übergeben wurden, beispielsweise an Ausschussmitglieder.

Andererseits werden Präsente und Andenken von Institutionen wie Hochschulen, Kindertagesstätten, Vereinen, Stiftungen, Archiven sowie von religiösen Gemeinschaften und militärischen Verbänden bei deren Besuchen und bei Veranstaltungen übergeben. Sogar eine Patenschaftsurkunde des Magdeburger Zoos ist im Archiv zu finden.



Tischtennisbälle: Als Protest gegen die Bildungspolitik warfen am 18. Juni 2009 Studierende Tischtennisbälle von der Besuchertribüne in den Plenarsaal.

Ebenso übernimmt das Landtagsarchiv Schenkungen von Verlagen, Presseagenturen und Privatpersonen, sofern ein Zusammenhang mit der Geschichte und Arbeitsweise des Landtags von Sachsen-Anhalt besteht. Darüber hinaus zählen neben Geschenken aus der Landtagsverwaltung, beispielsweise vom Direktor und aus einzelnen Referaten, auch Merchandising-Produkte des Landtags wie Schülerkalender und Kugelschreiber zum musealen Bestand.

Eine Literatursammlung (u. a. Volkshandbücher, Geschäftsordnungen, das ZwischenRuf-Magazin) ergänzt den vielseitigen Sammlungsbestand. Die genannten Einzelstücke bieten nur einen kleinen Einblick in das Sammlungsgut. Denn das Landtagsarchiv ermöglicht nicht nur eine Geschichte der letzten dreißig Jahre zum „Anfassen“, sondern wird auch künftig besondere und unerwartete Exemplare in seinen Bestand aufnehmen.

Dr. Jana Tempelhoff/Peter Fauck

INFORMIEREN DISKUTIEREN WÄHLEN



Auf dieser Website finden Sie ab April alles Wissenswerte rund um die Landtagswahl am 6. Juni 2021. Die bedienerfreundliche Navigation leitet zu den unterschiedlichen Themen – von der Frage, wer überhaupt zur Wahl steht, über den Wahlabend bis hin zur Konstituierung des neuen Landtags. Erleben Sie Politik online – egal ob zuhause oder unterwegs.

www.sachsen-anhalt-wahl-2021.de



GEDENKEN AN DAS KRIEGSENDE IN SACHSEN-ANHALT

Die rasant steigenden Corona-Infektionszahlen und der erste Lockdown zwangen den Landtag von Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr dazu, seine für den 8. Mai geplante Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs zu verschieben. Auch ein Jahr später sind die Bedingungen für eine geplante Präsenzveranstaltung nicht gegeben. Deswegen hat sich der Landtag dazu entschlossen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein „digitales Gedenken“ zu begehen.

Auf seiner Website zeigt der Landtag ab dem 8. Mai 2021 einen circa 40-minütigen Film, der an die Tage des Kriegsendes im April/Mai 1945 insbesondere in Sachsen-Anhalt erinnert.

Nach einer Kranzniederlegung und der Eröffnung durch Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch ergänzen beeindruckende Filmaufnahmen von amerikanischen Frontberichterstatern und Ausschnitte aus Zeitzeugenerinnerungen den wissenschaftlichen Exkurs der Historikerin Prof. Dr. Silke Satjukow von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie taucht mit ihrem Beitrag in die Ereignisse rund um den 8. Mai 1945 ein und ordnet den Tag in eine historische Betrachtung zwischen Sieg, Niederlage und Befreiung ein.

www.landtag.sachsen-anhalt.de



Landtag von Sachsen-Anhalt

Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit: Ursula Lüdke-meier

Domplatz 6-9 | 39104 Magdeburg | Telefon: 0391 560-0 | Fax: 0391 560-1123

www.landtag.sachsen-anhalt.de | E-Mail: landtag@lt.sachsen-anhalt.de